



C/37/4

ORIGINAL: englisch

DATUM: 30.Juli2003

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENÈVE

DERRAT

Siebenunddreißigste ordentliche Tagung
23. Oktober 2003, Genf

**ENTWURF EINES PROGRAMMS UND HAUSHALTSPLANS
FÜR DIE RECHNUNGSPERIODEN 2004-2005**

Vom Generalsekretär vorgelegt

Einleitung

1. Gemäß Artikel 27 Absatz 2 des Übereinkommens wird der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 hiermit dem Rat zur Annahme vorgelegt.
2. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans konzentriert sich auf folgende vier Unterprogramme:
 - UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik
 - UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems
 - UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzensorten
 - UV.4 Externe Beziehungen.

3. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 sieht Gesamtausgaben in Höhe von 6 048 000 CHF vor. Die Einnahmen werden auf 6 016 000 CHF veranschlagt. Zum Ende der Rechnungsperiode 2004-2005 werden die Reserven 450 000 CHF betragen.

4. Das Verbandsbüro wird 11 Posten umfassen, was einer Verringerung um drei Posten gegenüber dem Haushaltsplan 2002-2003 entspricht.

5. Gemäß den vom Beratenden Ausschuss auf seiner fünfundsechzigsten Tagung vom 11. April 2003 erteilten Weisungen beruhen das Programm und der Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005 auf einer unveränderten Höhe der Beitragseinheit von 53 641 CHF. Die Entscheidung des Rates, die Tätigkeiten der UPOV in den Rechnungsperioden 2000-2001 und 2002-2003 zu intensivieren, beruhte auf der Verwendung aufgelaufener Finanzreserven und zielte zugleich auf ein Reserveziel von rund 10 % des Haushalts ab. Da es nicht mehr möglich ist, auf Finanzreserven zurückzugreifen, wurde eine Revision des Tätigkeitsprogramms vorgenommen, um die erfolgreiche Tätigkeit der UPOV in Zukunft zu sichern.

6. Der Rat der UPOV wird ersucht, die in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 enthaltenen Vorschläge zu billigen, einschließlich des Betrags der Beiträge der Mitglieder, der vorgeschlagenen Höchstgrenze für die Ausgaben im ordentlichen Haushalt und der Gesamtzahl der Posten für das Verbandsbüro.

[Inhaltsverzeichnis folgt]

INHALTSVERZEICHNIS

A. Überlegungen zur Politik

- **Herausforderungen und Grundzüge des Programms**
- **Prioritätensetzung und Strukturierung der Tätigkeiten**
- **Aufbaudes Haushaltsentwurfs**
- **Ergebnisbewertung**

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004 -2005

C. Programmbeschreibung

UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik

UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder/Sicherungeines wirksamen Sortenschutzsystems

UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

UV.4 Externe Beziehungen

D. Revidierter Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003

E. Einnahmen für die Rechnungsperiode 2004-2005

F. Finanzindikatoren 1998-2007

Anlagen I bis III

UPOV-Leitsatz

**Bereitstellung und Förderung eines wirksamen Sortenschutzsystems
mit dem Ziel, die Entwicklung neuer Pflanzensorten
zum Nutzen der Gesellschaft zu begünstigen.**

A. Überlegungen zur Politik

Herausforderungen und Grundzüge des Programms

7. Das Programm und der Haushaltsplan der UPOV für die Rechnungsperiode 2004-2005 zeichnen sich aus durch

- eine Neuausrichtung und Straffung des Tätigkeitsprogramms, um auf wichtige Herausforderungen zu reagieren;
- die Notwendigkeit, das Verbandsbüro nach einer Zeit der vorübergehenden Expansion zu konsolidieren.

8. In der kommenden Rechnungsperiode 2004-2005 wird die Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes von Pflanzenzüchtungen zur Förderung der Pflanzenzüchtung eine Herausforderung bleiben.

9. Der Verband hat gemäß dem UPOV-Übereinkommen sein Sortenschutzsystem so zu verwalten und zu entwickeln, daß die Qualität der von seinen Mitgliedern erteilten Schutztitel zu annehmbaren Kosten gesichert wird. Der Verband muß sich um Effizienz bemühen, um die finanziellen Belastungen auf dem Endprodukt – der geschützten Sorte – auf ein Mindestmaß zu reduzieren. So sollte die Mitgliedschaft beim Verband und die Beteiligung an einem international harmonisierten System einen wirtschaftlichen Nutzen für das einzelne Verbandsmitglied erzeugen.

10. Im vergangenen Jahrzehnt nahmen die Beitritte zum UPOV-Übereinkommen erheblich zu. Bis Ende 1991 zählte der Verband 20 Mitglieder; zu Beginn der Rechnungsperiode 2004-2005 dürfte sich die Mitgliedschaft des Verbands auf über 50 Mitglieder erhöhen. In den Entwicklungsländern und in den Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft ist wachsendes Bewußtsein darüber vorhanden, daß verbesserte Sorten eine Möglichkeit zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft eröffnen. Immer mehr Länder erkennen, daß moderne Sorten ein Hochtechnologieprodukt sind, das Handelsmöglichkeiten bietet und in der Lage ist, Einnahmen zu erzeugen, falls es zuverlässiger rechtlicher Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums errichtet wird. In vielen dieser Länder müssen sich die staatlich finanzierten Institutionen für landwirtschaftliche Forschung und Pflanzenzüchtung

aus Gründen der Haushaltsrestriktionen nach anderen geeigneten Wegen zur Deckung des Aufwands umsehen, damit sie ihre Forschungs- und Züchtungstätigkeit fortsetzen können.

11. Das wachsende Bewußtsein bezüglich der gegenseitigen Vorteile offener Volkswirtschaften schlägt sich in der im Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Übereinkommen über TRIPS) enthaltenen Verpflichtung zum Schutz von Pflanzensorten nieder. Die Annahme, daß die UPOV bis Ende der Rechnungsperiode 2004-2005 bis zu 60 Verbandsmitgliedern zählen wird, ist daher realistisch.

12. Die nachstehend aufgeführten Staaten und Organisationen äußerten den Wunsch, bei der Errichtung wirksamer Rechtsvorschriften über den Sortenschutz mit der UPOV zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung setzt besondere Bemühungen seitens des Verbandes voraus, die neuen und potentiellen Verbandsmitglieder bei der Entwicklung und Umsetzung des Sortenschutzes zu unterstützen und zu beraten. Der Vorrang ist neuen und potentiellen Mitgliedern gemäß ihrer Bindung bezüglich des Beitritts zum UPOV-Übereinkommen einzuräumen.

Staaten (18) oder Organisationen (2), die beim Rat der UPOV das Verfahren für den Beitritt zum Verband eingeleitet haben

Ägypten, Aserbaidschan, Costa Rica, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien, Honduras, Indien, Island, Jordanien, Kasachstan, Litauen, Marokko, Serbien und Montenegro, Simbabwe, Tadschikistan, Tunesien, Vietnam, Venezuela, Europäische Gemeinschaft, Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum (Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kongo, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik (16)).

Weitere Staaten, die mit dem Verbandsbüro in Verbindung standen, um Rechtsvorschriften im Einklang mit dem UPOV-Übereinkommen zu entwickeln (52)

Albanien, Algerien, Armenien, Bangladesch, Barbados, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Demokratische Volksrepublik Laos, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, El Salvador, Fidschi, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guyana, Indonesien, Islamische Republik Iran, Jamaika, Jemen, Kambodscha, Königreich Bahrain, Kuba, Libanon, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Mauritius, Mongolei, Myanmar, Nepal, Oman, Pakistan, Peru, Philippinen, Sambia, Saudi-Arabien, Seychellen, Singapur, Sri Lanka, Sudan, Suriname, Syrien, Thailand, Tonga, Türkei, Turkmenistan, Uganda, Usbekistan, Vereinigte Republik Tansania, Zypern.

13. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel, die sich zur Zeit auf rund 7 000 jährlich beläuft, auch in der kommenden Rechnungsperiode zunehmen wird. Die Gesamtzahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel wird auf über 100 000 geschätzt. Gegenwärtig sind annähernd 57 000 Schutztitel in Kraft. Die UPOV hat deshalb eine wichtige Rolle in der laufenden Diskussion über Biodiversität und pflanzengenetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft zu spielen. Da die Nutzung geschützter Sorten für die Züchtung anderer Sorten nach dem UPOV-System keiner Einschränkung unterliegt, bilden geschützte Sorten eine der wichtigsten Quellen genetischer Variation und sind eine äußerst wertvolle pflanzengenetische Ressource.

14. Der Sortenschutz ist ein hochspezialisiertes Gebiet. Die Grundsätze des UPOV-Übereinkommens und die darin behandelten Fragen sind der breiteren Öffentlichkeit

nichtbekannt. Internationale Organisationen, die von staatlicher Finanzierung abhängen, sind verpflichtet, ihre Rolle und Tätigkeit zu erläutern und am öffentlichen Dialog über Fragen von Belang für ihren Verantwortungsbereich teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund muß der Verband sein Leitbild und seine Präsenz in der Öffentlichkeit in der kommenden Rechnungsperiode verstärken.

15. Das Schutzsystem *sui generis* des UP OV-Übereinkommens ist spezifisch für Pflanzensorten bestimmt. Es sind Schnittstellen mit anderen Formen des Schutzes des geistigen Eigentums vorhanden, die das UPOV -System ergänzen könnten. Die offensichtlichste Schnittstelle besteht mit dem Patentsystem. Die laufende Debatte über den Schutz pflanzengenetischer Ressourcen, traditionelle Kenntnisse, geographische Angaben, Nachbauseaatgut sowie indirekte Sortenschutzformen, die sich durch neue Möglichkeiten der Gentechnik eröffnen, erfordert in der kommenden Rechnungsperiode weiterhin die Aufmerksamkeit des Verbandes.

16. Die Grundzüge des Programms für die Rechnungsperiode 2002-2003 bleiben weitgehend auch für die Rechnungsperiode 2004-2005 gültig. Angesichts des finanziellen Rahmens werden sich der Verband und das Verbandsbüro jedoch auf folgende Aspekte konzentrieren:

- Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder, um die Effektivität und Effizienz des Züchterrechtssystems zu verbessern;
- ein systematisches Vorgehen zur Aus- und Weiterbildung, das die wachsende Anzahl neuer Verbandsmitglieder widerspiegelt, die in den kommenden Jahren erwartet wird, und Alternativen zu nationalen und regionalen Arbeitstagen und Seminaren bietet.

Prioritätensetzung und Strukturierung der Tätigkeiten

17. Der Beratende Ausschuß entwickelte auf seiner fünfundsechzigsten Tagung vom 11. April 2003 eine Anleitung für den finanziellen Rahmen des Programms 2004-2005 und gab Empfehlungen zu Prioritäten. Infolgedessen werden die verfügbaren Finanzmittel in der Rechnungsperiode 2004-2005 rund 6 Mio. CHF betragen. Dieses Niveau ist mit demjenigen vor der vorübergehenden Intensivierung der Tätigkeiten in den letzten Jahren vergleichbar, wobei diese Intensivierung der Tätigkeiten auf der Verwendung der Finanzreserven beruhte.

18. Die Anpassung an den finanziellen Rahmen setzt voraus:

- eine Verringerung des Personalbestandes des Verbandsbüros um zwei Posten im höheren Dienst und einen Posten im allgemeinen Dienst;
- Setzen von Prioritäten und Konzentration der Informationen, der Beratung und der Ausbildungstätigkeit auf neue Verbandsmitglieder sowie auf Staaten oder Organisationen gemäß ihrer Bindung bezüglich des Beitritts zum UPOV-Übereinkommen;
- Entwicklung und Anwendung von Mitteln für Fernlehrgänge zur Unterstützung der regionalen Tätigkeiten;

- Zusammenlegung von Veranstaltungen, d. h. Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen mit regionalen oder nationalen Veranstaltungen;
- Setzen von Prioritäten für die Tätigkeiten im Bereich der externen Beziehungen;
- Erhöhung der Kostenwirksamkeit der vom Verbandsbüro geleisteten Arbeit, u. a. die Veröffentlichung der Dokumente in elektronischer Form auf der Website;
- Setzen von Prioritäten für die Übersetzungsarbeiten.

19. Dieses Vorgehen dürfte es der UPOV ermöglichen, ihren Auftrag weiterhin wahrzunehmen und die Effizienz zu steigern, zugleich jedoch ihre Effektivität beizubehalten.

20. Da sich die Struktur der Unterprogramme der Rechnungsperiode 2002-2003 bewährte, wird vorgeschlagen, diese in der Rechnungsperiode 2004-2005 wie folgt beizubehalten:

Unterprogramm 1: Allgemeine Sortenschutzpolitik — Dies umfaßt politische Orientierung und Koordinierung der Tätigkeiten des Verbandes, wie vom Generalsekretär und seinen leitenden Organen (Rat und Beratender Ausschuß) bereitgestellt.

Unterprogramm 2: Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems — Hierzu gehört die Leitung und Betreuung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses und seiner Technischen Arbeitsgruppen und die Erteilung juristischer und technischer Beratung.

Unterprogramm 3: Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen — Hierzu gehört die Bereitstellung von Beratung, Unterstützung und Ausbildung für derzeitige und potentielle Verbandsmitglieder.

Unterprogramm 4: Externe Beziehungen — Dies umfaßt die Verstärkung des externen Einflusses der UPOV, die Herstellung von Produkten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, sowie Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.

21. Abschnitt D (revidierter Haushaltsplan für 2002-2003) zeigt eine vergleichende Aufstellung der Haushaltszuweisung nach Unterprogrammen für die Rechnungsperiode 2002-2003 und derjenigen für die Rechnungsperiode 2004-2005.

Aufbaudes Haushaltsentwurfs

22. Der Entwurf des Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 beläuft sich auf 6 048 000 CHF; die Einnahmen werden auf 6 016 000 CHF geschätzt. Dies ergibt ein veranschlagtes Defizit für die Rechnungsperiode 2004-2005 von 32 000 CHF und geschätzte Reserven von 450 000 CHF bis Ende 2005. Tabelle 1 enthält eine Zusammenfassung des Haushaltsplans, der Einnahmen und der Reserven für die Rechnungsperioden 2002-2003 und 2004-2005.

Tabelle 1: Haushaltsplan, Einnahmen und Reserven 2002 -2003 und 2004 -2005
(in 1 000 CHF)

	2000-2001	2002-2003	Abweichung		2002-2003	Abweichung		2004-2005
	tatsächlich	ursprünglich	C	C/B(%)	revidiert	E	E/D(%)	veranschlagt
	A	B			D=B+C			F=D+E
A. Haushaltsplan	6 506	7 538	(372)	(4,9)	7 166	(1 118)	(15,6)	6 048
B. Einnahmen	6 174	6 411	(372)	(5,8)	6 039	(23)	(0,4)	6 016
Differenz, B -A	(332)	(1 127)	0		(1 127)	1 095		(32)
C. Reserven ^a	1 609	482			482			450

^aAm Schluß der Rechnungsperiode

23. Wie im Abschnitt über die Finanzindikatoren 1998-2007 dargelegt, entspricht der Haushaltsplan ungefähr den tatsächlichen Ausgaben in der Rechnungsperiode 1998-1999, d. h. vor der Entscheidung, die Tätigkeiten durch Flüssigmachen aufgelaufener Reserven zu intensivieren. Der vorgeschlagene Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005 entspricht den Empfehlungen des Beratenden Ausschusses, wie in Abschnitt B erläutert, und den Einnahmen für die Rechnungsperiode 2004-2005 gemäß den Erläuterungen in Abschnitt E. Abschnitt D beschreibt den revidierten Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003. Eine Einschätzung der finanziellen Nachhaltigkeit der UPOV ist in Abschnitt F enthalten. Das Dokument enthält ferner drei Anlagen, einschließlich der Beschreibung der Verfahren zur Haushaltsaufstellung, der Beiträge der Verbandsmitglieder und der Haushaltstitel.

Ergebnisbewertung

24. Die Einführung eines strategischen Haushaltsplans bei der UPOV in der Rechnungsperiode 2000-2001 bedeutete eine Verlagerung des Schwerpunktes von den Tätigkeiten hin zu den Ergebnissen, was im Programm und Haushaltsplan 2000-2001 durch Zielsetzungen, erwartete Ergebnisse und Planerfüllungsindikatoren für jedes Unterprogramm ausgedrückt ist. In der Rechnungsperiode 2004 -2005 wird dieser für die Rechnungsperiode 2002-2003 entwickelte ergebnisorientierte Rahmen für die Programm- und Haushaltsaufstellung beibehalten. Somit wird ein System zur Bewertung der Ergebnisse der UPOV eingeführt, das die Planerfüllungsindikatoren zur Messung der tatsächlichen Ergebnisse verwendet. Der Zweck der Ergebnisbewertung bei der UPOV ist ein doppelter: Zunächst erhöht die Transparenz gegenüber den Verbandsmitgliedern und sodann stellt sie eine konsolidierte Struktur dar, mittels derer die langfristigen Ergebnisse der UPOV verbessert werden. Die Erkenntnisse der Ergebnisbewertungen werden in jährlichen Ergebnisbewertungsberichten vorgelegt. Der erste von diesen wurde dem Beratenden Ausschuss im April 2003 vorgelegt und enthielt einen Bericht über den im Jahre 2002 erreichten Fortschritt bei der Verwirklichung der im Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 festgelegten voraussichtlichen Ergebnisse. Ein Ergebnisbewertungsbericht für die Rechnungsperiode soll dem Beratenden Ausschuss im Frühjahr 2004 vorgelegt werden; er wird darüber Auskunft geben, inwieweit die erwarteten Ergebnisse für die gesamte Rechnungsperiode erzielt wurden.

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004 -2005

25. Das Tätigkeitsprogramm, das die UPOV in der Rechnungsperiode 2004-2005 durchführen soll, beläuft sich auf insgesamt 6 397 000 CHF. Dieser Betrag umfaßt 6 048 000 CHF im ordentlichen Haushalt (vergleiche Tabelle 1) und 349 000 CHF, die aus außeretatmäßigen Mitteln im Rahmen von Treuhandvereinbarungen finanziert werden. Sachleistungen sind in diesen Voranschlägen nicht enthalten. Ferner wird die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) Tätigkeiten von direktem Interesse für die UPOV in Höhe von voraussichtlich rund 400 000 CHF finanzieren. Tabelle 2 enthält einen Mittelplan für die Rechnungsperioden 2002-2003 und 2004-2005.

Tabelle 2: Mittelplan 2002 -2003 und 2004 -2005

(in 1 000 CHF)

Haushaltsplan und verfügbare Mittel	Ordentlicher Haushalt A	Außer- etatmäßige Mittel B	Mittel insgesamt C=A+B
Haushaltsplan 2002 -2003			
1 Revidierter Haushaltsplan	7 166	390	7 556
Verfügbare Mittel 2002 -2003			
2 Revidierte Einnahmen	6 039	372	6 411
3 +/(-) Überweisung von/zumittelbestand	1 127	18	1 145
4 Mittel insgesamt	7 166	390	7 556
Haushaltsplan 2004 -2005			
5 Ursprünglicher Haushaltsplan	6 048	349	6 397
Verfügbare Mittel 2004 -2005			
6 Ursprüngliche Einnahmen	6 016	349	6 365
7 +/(-) Überweisung von/zumittelbestand	32	-	32
8 Mittel insgesamt	6 048	349	6 397

Mittelbestand	Ordentlicher Haushalt A	Außer- etatmäßige Mittel B	Mittel insgesamt C=A+B
9 Stand 31.12.2001	1 609	47	1 656
10 +/(-) Überweisung zu/von Mittelbestand	(1 127)	(18)	(1 145)
11 Stand 31.12.2003	482	29	511
12 +/(-) Überweisung zu/von Mittelbestand	(32)	-	(32)
13 Stand 31.12.2005	450	29	479
14 Prozentsatz der veranschlagten Ausgaben	7	8	7

26. Tabelle 2 beschreibt auf konsolidierte Weise die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der UPOV sowie den Mittelbestand, einschließlich des Reserve- und des Betriebsmittelfonds. Für den ordentlichen Haushalt ist anzumerken, daß ein Ausgabenüberschuß gegenüber den Einnahmen in der Rechnungsperiode 2002-2003 aus den Reserven gedeckt wird, was seinen Bestand reduziert. Für die Rechnungsperiode 2004-2005 sind die Einnahmen und Ausgaben auf ähnlichem Niveau veranschlagt, mit einem voraussichtlichen geringfügigen Defizit, das aus den Reserven gedeckt wird. Bis Ende 2005 dürfte sich der Reservebestand auf 450 000 CHF bzw. 7 % der veranschlagten Ausgaben

belaufen. Dies steht der Höhe des Reserveziels von 10 % gegenüber. Dieser geringere Reservebetrag dürfte vorübergehend sein, und die Reserven dürften in künftigen Rechnungsperioden wiederaufgestockt werden, wie in Abschnitt F (Finanzindikatoren 1998-2007) dargestellt.

27. Die außeretatmäßigen Mittel umfassen die Treuhandgelder, die freiwillige Finanzspenden von Verbandsmitgliedern an das Verbandsbüro sind und in der Regel zur Finanzierung eines spezifischen, zwischen dem Verbandsbüro und dem Geberland vereinbarten Programms bereitgestellt werden. In der Rechnungsperiode 2002-2003 erhielt die UPOV Treuhandgelder von Regierungen in Höhe eines voraussichtlichen Gesamtbetrags von 372 000 CHF. Ohne die unabhängigen Entscheidungen von Geberländern beeinflussen zu wollen, wird damit gerechnet, daß der Gesamtbetrag der Treuhandgelder für die Rechnungsperiode 2004-2005 auf ungefähr dem Stand von 2002-2003 verbleiben wird.

28. Die Haushaltsabweichungen nach Ausgabenposten zwischen den Rechnungsperioden 2002-2003 und 2004-2005 gehen aus Tabelle 3 hervor. Die tatsächlichen Ausgaben im Zeitraum 2000-2001 belaufen sich auf 6 506 000 CHF. Der revidierte Haushaltsplan für 2002-2003 weist 7 166 000 CHF bzw. eine Zunahme von 10,1 % aus. Diese Zunahme steht einem ursprünglich veranschlagten Anstieg von 25,9 % zwischen den Rechnungsperioden 2000-2001 und 2002-2003 gegenüber (vergleiche Abschnitt D). Der vorgeschlagene Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005 stellt sich auf 6 048 000 CHF, was einem Rückgang von 1 118 000 CHF bzw. 15,6 % gegenüber dem revidierten Haushaltsplan für 2002-2003 entspricht. Dieser Rückgang setzt sich zusammen aus Erhöhungen infolge von Kostenabweichungen in Höhe von 286 000 CHF bzw. 4,0 % und Rückgängen in Höhe von 1 404 000 CHF bzw. 19,6 % infolge von Programmabweichungen und spiegelt die Auswirkungen der Vorschläge wider, die Ausgaben gemäß den Empfehlungen des Beratenden Ausschusses in Einklang mit den voraussichtlichen Einnahmen zu bringen (vergleiche Dokument CC/65/4).

Tabelle 3: Vorgeschlagener Haushaltsplan 2004 -2005: Haushaltsabweichungen nach Ausgabenposten
(in 1 000 CHF)

Ausgabenposten	2000-2001 tatsächlich	2002-2003 revidierter Haus- haltsplan	Mittelabweichung						2004-2005 veran- schlagt
			Programm		Kosten		insgesamt		
			Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	
A	B	C	C/B	D	D/B	E=C+D	E/B	F=B+E	
Personalkosten									
Posten	3 166	4 191	(349)	(8,3)	270	6,4	(79)	(1,9)	4 112
Kurzfristige Ausgaben	31	175	(175)	(100,0)	-	0,0	(175)	(100,0)	-
Insgesamt	3 196	4 366	(524)	(12,0)	270	6,2	(254)	(5,8)	4 112
Reisen aus dienstlichem Anlaß und Stipendien									
Dienstreisen	412	317	(19)	(6,0)	2	0,6	(17)	(5,4)	300
Reisen Dritter	102	100	(61)	(61,0)	1	1,0	(60)	(60,0)	40
Stipendien	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	515	417	(80)	(19,2)	3	0,7	(77)	(18,5)	340
Vertraglich vereinbarte Dienste									
Konferenzen	147	130	(51)	(39,2)	1	0,8	(50)	(38,5)	80
Berater	417	257	(258)	(100,4)	1	0,4	(257)	(100,0)	-
Veröffentlichungen	98	58	3	5,2	-	0,0	3	5,2	61
Sonstige	213	84	(24)	(28,6)	-	0,0	(24)	(28,6)	60
Insgesamt	875	529	(330)	(62,4)	2	0,4	(328)	(62,0)	201
Betriebsaufwand									
Räume und Instandhaltung	195	219	(40)	(18,3)	1	0,5	(39)	(17,8)	180
Nachrichtenverbindungen und Sonstiges	1 658	1 600	(410)	(25,6)	10	0,6	(400)	(25,0)	1 200
Insgesamt	1 853	1 819	(450)	(24,7)	11	0,6	(439)	(24,1)	1 380
Gerät und Bürobedarf									
Möbiliar und Gerät	30	14	(9)	(64,3)	-	0,0	(9)	(64,3)	5
Bürobedarf und Material	37	21	(11)	(52,4)	-	0,0	(11)	(52,4)	10
Insgesamt	67	35	(20)	(57,1)	-	0,0	(20)	(57,1)	15
INSGESAMT	6 506	7 166	(1 404)	(19,6)	286	4,0	(1 118)	(15,6)	6 048

29. Veränderungen zwischen den Rechnungsperioden sind nachstehend nach Ausgabenposten angegeben.

30. Die Personalkosten spiegeln die Verringerung um drei der 14 Posten im Verbandsbüro auf 11 wider, davon zwei Posten im höheren Dienst und einer im allgemeinen Dienst. Die Berechnung der Personalkosten für die Rechnungsperiode 2004-2005 zeigt eine Rückstellung für zwei Personalmitglieder, deren Verträge über das Jahr 2003 hinausgehen. Die Streichung von zwei Posten im höheren Dienst wird mit Wirkung ab Ende der laufenden Verträge vorgeschlagen. Die Personalkosten spiegeln ferner die Streichung der Rückstellung für befristete Verträge wider. Nach Bedarf könnten diese befristeten Verträge durch Einsparungen bei anderen Ausgabenposten finanziert werden. Aus Tabelle 4 geht die derzeitige und die vorgeschlagene Anzahl Posten sowie deren Verteilung nach Postenkategorien hervor. Der Posten des Generalsekretärs ist in dieser Zahl eingeschlossen, jedoch ohne Kosten, da der derzeitige Generaldirektor der WIPO ein Gehalt oder Zulagen für seine Funktionsstellen als Generalsekretär der UPOV abgelehnt hat.

Tabelle4:Haushaltsplan2004 -2005:AbweichungnachPostenkategorien
(in1 000 CHF)

<i>Postenkategorie</i>	<i>2002-2003 ursprünglich</i>	<i>Abweichung</i>	<i>2002-2003 revidiert</i>	<i>Abweichung</i>	<i>2004-2005 veranschlagt</i>
	<i>A</i>	<i>B-A</i>	<i>B</i>	<i>C-B</i>	<i>C</i>
Direktorendienst	3	-	3	-	3
HöhererDienst	6	-	6	(2)	4
AllgemeinerDienst	5	-	5	(1)	4
Insgesamt	14	-	14	(3)	11

31. Dienstreisen und Stipendien werden auf 340 000 CHF veranschlagt, was einem Rückgang von 17 000 CHF bzw. 6 % gegenüber dem revidierten Haushaltsplan 2002-2003 entspricht. Diese Zuweisung berücksichtigt eine Prioritätensetzung für Tätigkeiten, für 50 Dienstreisen und die Finanzierung von 10 Sachverständigen auf UPOV -Tagungen.

32. Die vertraglich vereinbarten Dienste sind auf 201 000 CHF veranschlagt, was einem Rückgang von 328 000 CHF bzw. 62,0 % gegenüber dem revidierten Haushaltsplan 2002-2003 entspricht. Diese Zuweisung berücksichtigt die Streichung der Rückstellung für Beratungsdienste sowie erhebliche Senkungen der Rückstellungen für Konferenzen und sonstige vertraglich vereinbarte Dienste. Die Kosten für die Herstellung der UPOV-Veröffentlichungen dürften weitgehend unverändert bleiben.

33. Der Betriebsaufwand wird auf 1 380 000 CHF veranschlagt, was einem Rückgang von 450 000 CHF bzw. 24,7 % gegenüber dem revidierten Haushaltsplan 2002-2003 entspricht. Diese Zuweisung berücksichtigt eine Senkung der Kosten für Räume und Instandhaltung, da sich der Bedarf an Räumlichkeiten des Verbandsbüros reduzieren wird. Die Vergütungen für die von der WIPO für die UPOV erbrachten Dienstleistungen belaufen sich auf 19,8 % des UPOV-Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005. Dieser Betrag wurde nach einer Überprüfung der von der WIPO für die UPOV erbrachten Dienstleistungen sowie aufgrund des für die Rechnungsperiode 2004-2005 erwarteten Rückgangs des Volumens und der entsprechenden Kosten dieser Dienstleistungen festgelegt. Die Senkung der Zuweisung berücksichtigt insbesondere drei Elemente: i) die Verringerung der Unterstützungsdienste der WIPO infolge des Rückgangs des Personalbestandes im Verbandsbüro, ii) eine Reduzierung der Anzahl per Post versandter Dokumente, die teilweise durch deren elektronische Übermittlung erzielt werden soll, und iii) eine Senkung der Kosten für die Übersetzung von Dokumenten, die durch Prioritätensetzung für die Tätigkeiten erzielt werden soll. Es wird vorgeschlagen, daß Übersetzungsarbeiten für entsprechende Tagungsunterlagen des Rates, des Beratenden Ausschusses, des Verwaltungs- und Rechtsausschusses und des Technischen Ausschusses Vorrang haben und daß bestimmte andere Dokumente, beispielsweise Prüfungsrichtlinien, nur übersetzt werden, wenn Mittel verfügbar sind. In der zweiten Hälfte der Rechnungsperiode 2004-2005 wird voraussichtlich eine Neubeurteilung der derzeitigen Dienstleistungen der WIPO an die UPOV erfolgen. Das Ergebnis der Neubeurteilung könnte bei der Überprüfung der Vergütung der UPOV an die WIPO für derartige Dienstleistungen berücksichtigt werden.

34. Gerät und Bürobedarf werden auf 15 000 CHF veranschlagt, was einem Rückgang von 20 000 CHF bzw. 57,1 % gemäß der voraussichtlichen Prioritätensetzung für die Tätigkeiten entspricht.

35. Hinsichtlich der Gliederung der Ausgaben nach Programmen enthält Tabelle 5 die vorgeschlagenen Haushaltszuweisungen nach Unterprogrammen.

Tabelle 5: Vorgeschlagener Haushaltsplan 2004 -2005: Zuweisung nach Ausgabenposten
(in 1 000 CHF)

Ausgabenposten	Unterprogramm				Insgesamt
	UV.1	UV.2	UV.3	UV.4	
Personalkosten	708	1 872	1 021	511	4 112
Posten	708	1 872	1 021	511	4 112
Kurzfristige Ausgaben	-	-	-	-	-
Reisen aus dienstlichem Anlaß und Stipendien	-	97	187	56	340
Dienstreisen	-	86	165	49	300
Reisen Dritter	-	11	22	7	40
Stipendien	-	-	-	-	-
Vertraglich vereinbarte Dienste	54	147	-	-	201
Konferenzen	22	58	-	-	80
Berater	-	-	-	-	-
Veröffentlichungen	16	45	-	-	61
Sonstige	16	44	-	-	60
Betriebsaufwand	-	1 380	-	-	1 380
Räume und Instandhaltung	-	180	-	-	180
Nachrichtenverbindungen und Sonstiges	-	1 200	-	-	1 200
Gerät und Bürobedarf	-	15	-	-	15
Möbiliar und Gerät	-	5	-	-	5
Bürobedarf und Material	-	10	-	-	10
INSGESAMT	762	3 512	1 208	566	6 048

36. Wie bereits in Abschnitt A umrissen, ist der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 in vier Unterprogramme gegliedert: Allgemeine Sortenschutzpolitik, verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems, Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen und externe Beziehungen. Die Personalkosten wurden nach Unterprogrammen als Anteil der Arbeitszeit der Mitarbeiter, die für jedes Unterprogramm aufgewandt werden dürfte, zugewiesen. Die Nichtpersonalkosten wurden nach Unterprogramm gemäß der voraussichtlichen Tätigkeiten aufgeteilt. Es ist anzumerken, daß die gemeinsamen Ausgaben mit der WIPO im Unterprogramm 2 zugewiesen sind.

37. Tabelle 6 gibt ferner die Haushaltsabweichungen nach Unterprogrammen zwischen dem revidierten Haushaltsplan 2002-2003 und dem vorgeschlagenen Haushaltsplan 2004-2005 an. Die in den Unterprogrammen 2 und 3 vorgesehenen beträchtlichen Verringerungen spiegeln die erforderliche Prioritätensetzung für die Tätigkeiten des Verbandes wider.

Tabelle6:Haushaltsabweichungnach Unterprogrammen
(in1 000 CHF)

<i>Unter- programm</i>	<i>2002-2003 revidiert</i>	<i>Abweichung</i>		<i>2004-2005 veranschlagt</i>
		<i>Betrag</i>	<i>%</i>	
	<i>A</i>	<i>B</i>	<i>B/A</i>	<i>C=A+B</i>
UV.1	729	33	4,5	762
UV.2	4 288	(777)	(18,1)	3 512
UV.3	1 606	(397)	(24,7)	1 208
UV.4	543	23	4,3	566
INSGESAMT	7 166	(1 118)	(15,6)	6 048

C. Programmbeschreibung

UnterprogrammUV.1

AllgemeineSortenschutzpolitik

Zielsetzungen:

- ◆ PolitischeOrientierungundGeschäftsführung.
- ◆ Planung,UmsetzungundBewertungdesProgrammsunddesHaushaltsplans .

Hintergrund

38. Das UPOV -System ist das einzige wirksame und international harmonisierte Sortenschutzsystem *sui generis* . Dieses Unterprogramm bietet den Rahmen für die Beschlußfassung, VerwaltungundKoordinierungallerTätigkeiten desHaupt programms der UPOV, die unter der Leitung des Generalsekretärs und der leitenden Organe (Rat und BeratenderAusschuß)durchgeführtwerden.

Tätigkeiten

- ZweiTagungendesRatesundzweiTagungendesBeratendenAusschussesproJahr.
- Koordinierung, Überwachung und Ergebnisbewertung des Programms und HaushaltsplansfürdieRechnungsperiode2004 -2005.
- Aufstellung und Annahme des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2006-2007.

Unterprogramm UV.2

Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / SicherungeineswirksamenSortenschutzsystems

Zielsetzungen:

- ◆ Wahrung und Verbesserung der Qualität des vom UPOV -System gewährten Schutzes.
- ◆ Bereitstellung und Entwicklung der rechtlichen und technischen Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen eines harmonisierten Vorgehens für den Sortenschutz nach der Akte von 1991 des Übereinkommens.

Hintergrund

39. Das UPOV -Übereinkommen, das sich im Laufe von mehr als vierzig Jahren Anwendung entwickelte, erwies sich als geeignetes Instrument zur Förderung der Pflanzenzüchtung zum Nutzen der Gesellschaft. Der technische Fortschritt, die Ausdehnung der Grundsätze des Sortenschutzes auf praktisch alle Regionen der Welt sowie auf Staaten mit weitgehend verschiedenen Situationen in bezug auf die Wirtschaftsentwicklungen erfordern, daß die UPOV -Verbandsmitglieder das Übereinkommen unter sich ständig verändernden Bedingungen anwenden. Es ist wesentlich, ein gegenseitiges Verständnis sicherzustellen und klare Richtlinien aufzustellen.

40. Eine Besonderheit des Verbandes ist, daß er das Gewicht nachdrücklich auf Zusammenarbeit und den internationalen Austausch im technischen Bereich des Sortenschutzes legt. Der Schutz kann erteilt werden, wenn eine Sorte deutlich von anderen Sorten unterscheidbar, hinreichend homogen und beständig ist. Die Entscheidung darüber, ob diese Schutzvoraussetzungen erfüllt sind, stützt sich in der Regel auf Prüfungen, die den Anbau der Sorten erfordern. Um Ergebnisse zu erzielen, die im gesamten Verband vergleichbar sind, müssen harmonisierte Ansätze für die Sortenprüfung entwickelt und gemäß der gesammelten Erfahrung aktualisiert werden. Dieses harmonisierte Vorgehen ermöglicht Zusammenarbeit, Spezialisierung und Austausch der Ergebnisse zwischen den nationalen Sortenschutzbehörden. Es ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Umsetzung eines wirksamen Systems zu angemessenen Kosten.

41. Die Förderung der rechtlichen und technischen Entwicklung dieses Systems wird hauptsächlich durch die Tagung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses, der Technischen Arbeitsgruppen und deren Untergruppen erzielt. Das Verbandsbüro ist für die Organisation dieser Tagungen und die Erstellung der entsprechenden Unterlagen zuständig.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Verstärkte internationale Harmonisierung der Umsetzung des UPOV -Übereinkommens.	1. Administrative und juristische Orientierung über die Art und Weise der Umsetzung des UPOV-Übereinkommens, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen wird.
2. Verstärkte internationale Harmonisierung der technischen Einzelheiten der Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit neuer Sorten.	2. Technische Richtlinien für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit neuer Sorten, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen werden.
3. Klärung der Rolle der Veröffentlichung von Sortenbeschreibungen.	3. Politik bezüglich der Veröffentlichung von Sortenbeschreibungen, die dem Rat der UPOV vorgeschlagen oder von diesem angenommen werden.
4. Verstärkte internationale Harmonisierung der Angelegenheiten bezüglich der Sortenbezeichnungen.	4. Aktuelle UPOV -Empfehlungen für Sortenbezeichnungen, die dem Rat der UPOV vorgeschlagen oder von diesem angenommen werden.
5. Verbesserter Zugang zu Informationen, die für die Prüfung der Anträge wesentlich sind.	5. Verbesserung der Datenbank für Pflanzensorten (UPOV -ROM) und Entwicklung neuer Datenbanken. Verbesserter Zugang zu den Datenbanken.

Tätigkeiten

- Vier Tagungen des Verwaltungs - und Rechtsausschusses, zwei Tagungen des Technischen Ausschusses, 12 Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen.
- Entwicklung und Aktualisierung der technischen und juristischen Beratung.
- Bewertung neuer Ansätze für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS -Prüfung).
- Abfassung eines Standarddokuments über die administrative und rechtliche Umsetzung des UPOV -Übereinkommens.
- Nach der Annahme der neuen Allgemeinen Einführung zur Prüfung auf Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit und zur Erarbeitung harmonisierter Beschreibungen von neuen Pflanzensorten: Ausarbeitung und Annahme der technischen Begleitdokumente (TGP -Dokumente).

- Überprüfung der Effizienz der Datenbank für Pflanzensorten (UPOV -ROM).
- Errichtung von Datenbanken für Informationen, die für die Prüfung der Anträge wesentlich sind, in leicht zugänglichem Format (z. B. w eb-basiert).
- Erstellung und Annahme von Positionspapieren durch den Rat.

Unterprogramm UV.3

Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

Zielsetzungen:

- ◆ Unterstützung der Regierungen bei der Umsetzung wirksamer Sortenschutzsysteme.
- ◆ Unterstützung der Regierungen, insbesondere der Entwicklungsländer und Länder im Übergang zur Marktwirtschaft, bei der Ausarbeitung und Verabschiedung von Rechtsvorschriften, die der Akte von 1991 des UPOV -Übereinkommens entsprechen.

Hintergrund

42. Es besteht ein nachfragebedingter Bedarf an Unterstützung der Verbandsmitglieder, die dem Verband in jüngerer Vergangenheit beigetreten sind, bei der Umsetzung ihres auf dem UPOV-System beruhenden Sortenschutzsystems. Ziel ist es, sie in die Lage zu versetzen, die Vorteile und wirtschaftlichen Anreize, die das System zu erzeugen vermag, in vollem Umfang zu nutzen. Einer der herausragendsten Vorteile für neue Verbandsmitglieder besteht darin, daß sie unverzüglich in den Genuß der vom Verband im Laufe jahrzehntelanger Tätigkeit gesammelten Erfahrung gelangen. Dies dürfte es ihnen ermöglichen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein wirksames System aufzubauen.

43. Über 50 Staaten, die nicht Verbandsmitglieder sind, bekundeten deutlich Interesse an der Entwicklung eines Sortenschutzsystems aufgrund der vom Verband entwickelten Grundsätze. Viele unter ihnen leiteten einen umfassenden Meinungs austausch mit dem Verbandsbüro über diese Fragen ein. Die UPOV als führende Organisation in allen Sortenschutzfragen ist verpflichtet, Unterstützung und Beratung zu gewähren. Dies setzt ein systematisches Vorgehen nach Maßgabe der in jedem spezifischen Falle erforderlichen Informationen voraus. Dazu gehören erste Besuche bei Regierungen im Hinblick auf die Erteilung allgemeiner Auskünfte über den Sortenschutz, Seminare mit dem Ziel, die Sortenschutzkreise (Regierungsbeamte, Züchter - und Landwirtschafts genossenschaften) zu sensibilisieren, Arbeitstagungen zur Erläuterung spezifischer Elemente des Sortenschutzes und Ausbildungslehrgänge für technische Prüfer und Verwaltungsbeamte. Die Ausdehnung des UPOV -Systems wird die globale Effizienz erhöhen.

44. Die Mittel im ordentlichen Haushalt der UPOV zur Finanzierung der im Rahmen dieses Unterprogramms erforderlichen Tätigkeiten sind äußerst begrenzt. Dies erfordert eine Umstrukturierung der Tätigkeiten im Vergleich zur Rechnungsperiode 2002-2003. Der Vorrang wird den Mitgliedern eingeräumt, die dem UPOV -Übereinkommen vor kurzem beigetreten sind, und sodann den Staaten und Organisationen, die klare Zusagen abgegeben haben, dies in absehbarer Zukunft zu tun. Nationale oder regionale Seminare werden nach Möglichkeit in Verbindung mit Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen der UPOV abgehalten und durch Fernlehrgänge ergänzt, deren Entwicklung im Rahmen des Programms und Haushaltsplans 2002-2003 eingeleitet wurde. Eine bedeutende Funktion dieses Programms besteht darin, einen Rahmen zu schaffen, in dem sich das Verbandsbüro bemüht,

seine Ressourcen mit außeretatmäßigen Mitteln und Sachleistungen, die von den Verbandsmitgliedern und sonstigen Organisationen bereitgestellt werden, zu ergänzen. Beispiele für entsprechende außeretatmäßige Unterstützungen sind:

- Die von der japanischen Regierung bereitgestellten Treuhändergelder.
- Die im Rahmen des Kooperationsprogramms mit der WIPO zu Verfügung gestellten Mittel.
- Finanzielle Unterstützung und Sachleistungen seitens der spanischen Regierung für Seminare in Lateinamerika oder Spanien.
- Sachleistung der französischen und der deutschen Regierung.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Einführung einer Rechtsgrundlage für den Sortenschutz nach dem UPOV -System durch eine wachsende Zahl von Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen.	1.1 Anzahl Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen. 1.2 Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen, die von den Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen berücksichtigt wurden.
2. Umsetzung des Sortenschutzes.	2.1 Konzept für Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen, z. B. Fernlehrgänge, die dem Rat vorgeschlagen oder von ihm gebilligt wurden. 2.2 Anzahl eingeleiteter/durchgeführter Ausbildungsveranstaltungen.
3. Geographische Erweiterung des UPOV-Systems.	3. Weitere Verbandsmitglieder.
4. Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Spezialisierung im Sortenschutzwesen.	4.1 Anzahl bilateraler und regionaler Sortenschutzvereinbarungen. 4.2 Veröffentlichung von Auskünften über die vorhandene Erfahrung mit der DUS -Prüfung.
5. Anreiz für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft der betreffenden Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen.	5.1 Anzahl erteilter Schutztitel. 5.2 Anzahl Schutztitel, die in Kraft sind.

Tätigkeiten

- Beratung der Regierungen, Veranstaltung von sieben Seminaren / technischen Sitzungen (je eine für Lateinamerika, Afrika, die arabischen Länder und die Länder im Übergang zur Marktwirtschaft sowie vier für die Region Asien und Pazifik).
- Durchführung eines Fernlehrgangsprogramms.
- Systematisches Vorgehen zur Abstimmung von Angebot und Nachfrage, einschließlich der Finanzierung, für eine umfassende Ausbildung der DUS-Prüfer und Verwaltungsbeamten.

Unterprogramm UV.4 Externe Beziehungen

Zielsetzungen:

- ◆ Verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die UPOV und Erhöhung ihres Einflusses.
- ◆ Vertiefung des Verständnisses der Rolle und Tätigkeit der UPOV.
- ◆ Entwicklung des Leitbildes der UPOV.
- ◆ Wahrung der Attraktivität des UPOV -Systems.

Hintergrund

45. Die öffentliche Wahrnehmung der UPOV ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß der Schutz des geistigen Eigentums im allgemeinen mehr Aufmerksamkeit auf sich zog. Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Übereinkommen über TRIPS) von 1994 verpflichtet die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) zur Umsetzung eines wirksamen Sortenschutzsystems. Da Pflanzensorten eine wichtige pflanzengenetische Ressource sind, werden sie von den Bestimmungen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) und der Umsetzung des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft beeinflusst. Die Wechselwirkungen zwischen diesen internationalen Vertragswerken und dem UPOV -Übereinkommen treten immer deutlicher zutage.

46. Der technische Fortschritt und der Bedarf an einem wirksamen Schutz, die Besorgnis über die Erhaltung der indigenen Kenntnisse und die Definition der Landwirterrechte hoben die Rolle des UPOV -Systems als wirksames und wohl ausgewogenes System *suigeneris* zum Schutz des geistigen Eigentums hervor. Vor diesem Hintergrund hat die UPOV ihre Rolle und die Antworten, die sie auf die in diesen verwandten Politikbereichen aufgeworfenen Fragen gibt, zu erläutern und deutlich zu machen.

47. Es ist notwendig, die modernen Kommunikationsmittel, einschließlich Druckmaterial und elektronischer Medien, in größerem Umfang und systematischer zu nutzen, um die Rolle und die Standpunkte der UPOV einer breiteren Öffentlichkeit wirksam zu erläutern.

48. Der bei der Verstärkung des Profils der UPOV in der Öffentlichkeit erzielte Erfolg ermöglicht im Rahmen dieses Unterprogramms eine Konzentration der Tätigkeiten und Ressourcen.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Anerkennung der Bedeutung des UPOV-Systems durch einschlägige Organisationen.	<p>1.1 Anzahl Gelegenheiten, bei denen die UPOV zur Teilnahme an oder zur Referatenauf Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen eingeladen wird.</p> <p>1.2 Aufnahme von Bestimmungen, die den UPOV-Grundsätzen entsprechen, in internationale Vertragswerke.</p>
2. Besseres Verständnis der fundamentalen Grundsätze des UPOV-Übereinkommens.	<p>2.1 Anzahl eingegangener Ersuchen um Auskünfte.</p> <p>2.2 Anzahl Hinweise auf das UPOV-System in den Medien.</p> <p>2.3 Anzahl Besuche auf der UPOV-Website.</p>

Tätigkeiten

- Bestandsaufnahme und Aktualisierung des Informationsmaterials und der Informationsverfahren der UPOV (Druckmaterial und Website), einschließlich einer Politik für die Preisfestsetzung.
- Studie über die Auswirkungen der Umsetzung eines Sortenschutzsystems.
- Teilnahme an Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.
- Möglichkeit der Durchführung eines weiteren Symposiums (weiterer Symposien).

D. Revidierter Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003

49. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans der UPOV für die Rechnungsperiode 2002-2003 (vergleiche Dokument C/35/4) wies Einnahmen im ordentlichen Haushalt von 6 411 000 CHF, Ausgaben in Höhe von 7 538 000 CHF sowie 14 feste Personalstellen aus. Diese Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen wurden durch eine Senkung des Niveaus des Reservebestandes um 1 127 000 CHF gedeckt. Diese Verwendung der Reserven wurde von den Verbandsmitgliedern unter der Voraussetzung gebilligt, daß es sich um eine einmalige Ausgabe handelt, wenn keine zusätzlichen Einnahmequellen für die UPOV verfügbar werden.

50. Nach der Billigung des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 prüfte der Beratende Ausschuß auf seiner fünfundsiebzehnten Tagung die Finanzlage des Verbandes (vergleiche Dokument CC/65/4). Dieses Dokument umfaßte eine Neubewertung der derzeitigen und künftigen Einnahmequellen und erarbeitete alternative Szenarien für verschiedene Beträge der Beitragseinheiten.

51. In dieser Überprüfung wurde einerseits festgestellt, daß die Einnahmen für die Rechnungsperiode 2002-2003 um rund 6 % unter dem Ziel liegen würden, hauptsächlich infolge der Neueinstufung einiger Verbandsmitglieder in niedrigere Beitragsklassen, und andererseits, daß eine realistische Prognose für die Einnahmen der kommenden Rechnungsperiode aufgrund einer unveränderten Höhe der Beitragseinheit erforderlich sei (vergleiche Dokument CC/65/8). Zum damaligen Zeitpunkt wurden keine zusätzlichen Einnahmequellen in Betracht gezogen, die einen nennenswerten Betrag erzeugen könnten.

52. Aufgrund dieser Überprüfung und nach einer Neubeurteilung der Einnahmen und des Arbeitsplans für 2003 werden die Einnahmen für die Rechnungsperiode 2002-2003 nunmehr auf 6 039 000 CHF geschätzt. Die Ausgaben werden neu auf 7 166 000 CHF geschätzt, was ein Defizit von 1 127 000 CHF für die Rechnungsperiode ergibt, das aus den Reserven zu decken ist. Dies ist gegenüber dem ursprünglich gebilligten Betrag im Entwurf des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 unverändert (vergleiche Tabelle 2 in Dokument C/35/4). Dieses revidierte Ausgabenziel liegt um 372 000 CHF bzw. 4,9 % unter dem ursprünglich im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 7 538 000 CHF. Dieser Rückgang entspricht den niedrigeren Einnamenschätzungen für die Rechnungsperiode 2002-2003, das sich die Ausgaben um den gleichen Betrag reduzieren, und verzeichnet Fortschritte in Richtung einer Ausgabenreduzierung gemäß den Schlußfolgerungen der Überprüfung der Finanzlage des Verbandes. Die Ausgabenreduzierung wird im wesentlichen durch eine Drosselung der Personalkosten und niedrigere Reisekosten erreicht, da einige geplante Veranstaltungen aufgeschoben oder gestrichen wurden. Tabelle 7 vergleicht die ursprünglichen und die revidierten Ziele nach hauptsächlich den Ausgabenposten.

Tabelle 7: Revidierter Haushaltsplan 2002 - 2003: Haushaltsabweichung nach Ausgabenposten
(in 1 000 CHF)

<i>Ausgabenposten</i>	<i>2002-2003 ursprünglich</i> A	<i>Abweichung</i>		<i>2002-2003 revidiert</i> C=A+B
		<i>Betrag</i> B	<i>%</i> B/A	
Personalkosten	4 618	(252)	(5,5)	4 366
Dienstreisen und Stipendien	500	(83)	(16,6)	417
Vertraglich vereinbarte Dienstleistungen	500	29	5,8	529
Betriebsaufwand	1 850	(31)	(1,7)	1 819
Gerät und Bürobedarf	70	(35)	(50)	35
INSGESAMT	7 538	(372)	(4,9)	7 166

53. Auf Ebene der Unterprogramme ist der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 in die gleichen vier Unterprogramme gegliedert, die für die Rechnungsperiode 2002-2003 gebilligt wurden. Infolgedessen ist keine Neuanpassung der Ausgaben in den Unterprogrammen erforderlich, um die beiden Rechnungsperioden miteinander zu vergleichen.

E. Einnahmen in der Rechnungsperiode 2004-2005

54. Der Mittelplan in diesem Abschnitt, der den vorgeschlagenen Entwurf des Programm- und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 beschreibt (vergleiche Tabelle 2), enthält zwei verschiedene Arten von Mitteln: i) die Mittel im ordentlichen Haushalt und ii) die Treuhandgelder. Es ist zu erwähnen, daß nichtgeldliche Beiträge (Sachleistungen), insbesondere für technische Unterstützung und Ausbildungsveranstaltungen, im Haushaltsplan der UPOV nicht ausgewiesen sind. Ferner wird die WIPO Tätigkeiten von direktem Interesse für die UPOV in Höhe von voraussichtlich rund 400 000 CHF finanziert.

55. Die Gesamteinnahmen im ordentlichen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005 dürften sich auf 6 016 000 CHF stellen. Dieser Einnahmenbetrag liegt um 23 000 CHF bzw. 0,4 % unter den revidierten Einnahmen für die Rechnungsperiode 2002-2003 von 6 039 000 CHF. Die ursprünglichen Einnahmen für die Rechnungsperiode 2002-2003 wurden auf 6 411 000 CHF veranschlagt. Die Hauptveränderungen sind auf die veranschlagten zusätzlichen Einnahmen infolge der erhöhten UPOV-Mitgliedschaft zurückzuführen, die durch eine Neueinstufung einiger Mitglieder in niedrigere Beitragsklassen sowie geringere Zinserträge infolge der reduzierten Reserven ausgeglichen werden. Diese Prognose geht insbesondere von 54,25 Beitragseinheiten im Jahre 2004 und 55,25 Beitragseinheiten im Jahre 2005 aus (gegenüber 53,35 Beitragseinheiten im Jahre 2003) und sieht keine Änderung der Höhe der Beitragseinheit vor, die in den kommenden zwei Jahren bei 53 641 CHF verbleiben soll. Anlage II dieses Dokuments listet die Beiträge der Verbandsmitglieder zum 30. Juli 2003 auf. Ferner ist zu erwähnen, daß die Anzahl Beitragseinheiten trotz der erhöhten Mitgliedschaft seit dem vergangenen Jahr tatsächlich zurückgegangen ist (55,4 Beitragseinheiten im Jahre 2002).

56. Neben den Beiträgen der Verbandsmitglieder nimmt die UPOV Mittel aus dem Verkauf von Veröffentlichungen von schätzungsweise 68 000 CHF, aus der Verzinsung von Bankeinlagen aus dem Reserve- und dem Betriebsmittelfonds von schätzungsweise 23 000 CHF, was dem erwarteten Rückgang der Reserven entspricht, sowie sonstige verschiedene Mittel ein, einschließlich der Rückerstattung von Treuhandgeldern in Höhe von 54 000 CHF. Ohne die Beiträge dürften diese Einnahmequellen insgesamt 2 % der ordentlichen Einnahmen der UPOV in der Rechnungsperiode 2004-2005 ausmachen. Tabelle 8 führt die Einnahmen nach Quellen für beide Rechnungsperioden detailliert auf.

Tabelle 8: Einnahmen 2002 -2003 und 2004 -2005: Veränderung nach Quellen
(in 1 000 CHF)

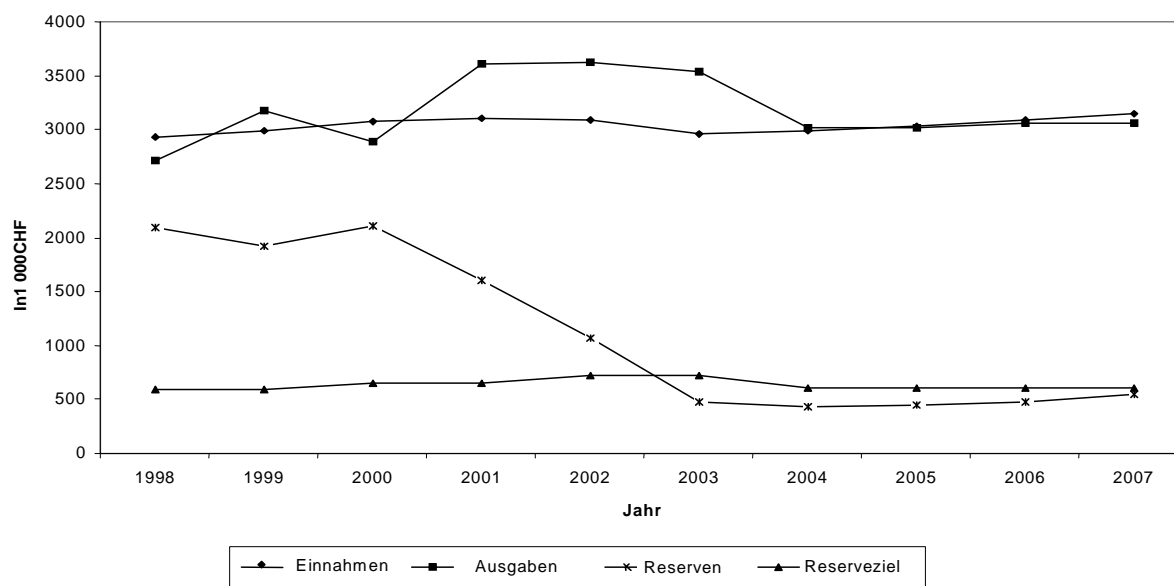
Quelle	2000-2001 tatsächlich	2002-2003 ursprünglich	Abweichung		2002-2003 revidiert	Abweichung		2004-2005 veranschlagt
	A	B	C	C/B(%)	D=B+C	E	E/D(%)	F=D+E
Beiträge	5 858	6 061	(227)	(3,7)	5 834	37	0,6	5 871
Veröffentlichungen	61	100	(35)	(35,)	65	3	4,6	68
Zinsen	205	200	(112)	(56,0)	88	(65)	(73,9)	23
Sonstige	50	50	2	4,0	52	2	3,8	54
Insgesamt	6 174	6 411	(372)	(5,8)	6 039	(23)	(0,4)	6 016

F. Finanzindikatoren 1998 -2007

57. Der vorgeschlagene Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005 umfaßt eine Darstellung der Finanzindikatoren über einen Zeitraum von 10 Jahren, einschließlich zweier Jahre über die neue Rechnungsperiode hinaus, sowie Informationen aus der jüngsten Vergangenheit. Die Darstellung dieser Finanzindikatoren soll den vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005 in einen Kontext stellen: Angabe der Trends und Beurteilung der künftigen finanziellen Nachhaltigkeit. Diese Auskünfte werden erteilt, um den Verbandsmitgliedern die Überprüfung und Entscheidung bezüglich des vorgeschlagenen Programms und Haushaltsplans zu erleichtern, und sollte nicht als spezifisches finanzielles Engagement oder Billigung über das Jahr 2005 hinaus ausgelegt werden. Aus Tabelle 9 und dem nachstehenden Diagramm geht die Entwicklung des ordentlichen Haushaltsplans in bezug auf Einnahmen, Ausgaben und Höhe des Reserve- und des Betriebsmittelfonds hervor.

Tabelle 9: Einnahmen, Ausgaben und Reserven 1998 -2007
(in 1 000 CHF)

	Tatsächlich				Revidiert		Veranschlagt		Geschätzt	
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Einnahmen	2927	2990	3075	3099	3084	2955	2982	3034	3087	3141
Ausgaben	2715	3179	2 893	3613	3621	3545	3024	3024	3064	3064
Reserven	2092	1925	2107	1609	1073	482	440	450	474	551
Reserveziel	589	589	651	651	717	717	605	605	613	613



58. Wie oben erwähnt, wirkte sich der vorübergehende Anstieg der Ausgaben in den Jahren 2001, 2002 und 2003 direkt auf die Reserven aus, deren Stand entsprechend reduziert wird. Da dieses durch aufgelaufene Reserven finanzierte Ausgabeniveau ab 2004 nicht beibehalten werden kann, werden die Ausgaben auf ungefähr die gleiche Höhe wie die erwarteten Einnahmen veranschlagt. Ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben beseitigt, dürften sich die Reserven stabilisieren und später in die Nähe ihres Reserveziels von 10 % der

veranschlagten Ausgaben rücken. Bei der Festlegung von Finanzindikatoren für künftige Jahrewerden folgende Annahmen aufgestellt:

- Einnahmen: Die Beiträge von Verbandsmitgliedern dürften die hauptsächliche Einnahmequelle bleiben. Die Anzahl Einheiten dürfte um eine Einheit jährlich zunehmen, wenn neue Mitglieder dem Verband beitreten. Die bestehenden Mitglieder dürften ihre derzeitigen Klassen beibehalten, und die Höhe der Beitragseinheit dürfte während des Zeitraums bis 2007 nominal unverändert bleiben. Andere Einnahmequellen als die Beiträge dürften in der kommenden Rechnungsperiode auf dem gleichen Stand verbleiben.
- Ausgaben: Die Ausgabenhöhe dürfte nach 2005 auf dem Niveau der kommenden Rechnungsperiode verbleiben, wobei bei den Personalkosten unter Vorwegnahme der Anpassung des gemeinsamen Gehalts- und Leistungssystems der Vereinten Nationen geringfügige Anpassungen erfolgen werden. Die Zahlen sind rein provisorisch, und es wird keine Billigung dieser Ausgabenhöhe seitens der Verbandsmitglieder verlangt.
- Außeretatmäßige Mittel: Es wird erwartet, daß die Beträge mittelfristig auf dem gleichen Stand wie in früheren Rechnungsperioden verbleiben werden.

[Anlage I folgt]

ANLAGE I

VERFAHREN ZUR HAUSHALTSAUFSCHÜSSUNG

1. Die Beschreibung der Verfahren zur Aufstellung des ordentlichen Haushaltsplans sieht die Kodifizierung und Klärung der Haushaltspraxis sowie die Rolle der verschiedenen Abschnitte in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans vor. Der Prozeß der Haushaltsaufstellung beginnt mit dem ursprünglichen Haushaltsplan für 2002-2003, arbeitet den revidierten Haushaltsplan 2002-2003 aus und schließt mit dem vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005, indem die Mittelabweichung zwischen dem revidierten Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 und dem vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2004-2005 einbezogen wird. Die Mittelabweichung zwischen den beiden Rechnungsperioden wird entweder als Programmabweichung oder als Kostenabweichung erläutert. Tabelle 1 faßt die in dieser Anlage I erörterten Hauptindikatoren zusammen.
2. Ursprünglicher Haushaltsplan für 2002 -2003: Der Ausgangspunkt für den Haushaltsplan ist in Dokument C/35/4 dargelegt.
3. Revidierter Haushaltsplan für 2002 -2003: Der revidierte Haushaltsplan ist in Abschnitt D dieses Dokuments dargelegt und berücksichtigt die reduzierten Einnahmen für die Rechnungsperiode sowie ein geringeres Tätigkeitsniveau. Reduzierte Einnahmen- und Ausgabenschätzungen bewerten das Niveau des Reserve- und des Betriebsmittelfonds, die gegen Ende 2003 verfügbare Einkünfte, auf realistischere Weise.
4. Vorgeschlagener Haushaltsplan für 2004 -2005: Der vorgeschlagene Haushaltsplan ist das Ergebnis der Addition der Mittelabweichung zum revidierten Haushaltsplan 2002-2003. Die Mittelabweichung umfaßt Programmabweichungen, die Änderungen betreffen, die die derzeitigen Entscheidungen widerspiegeln, und Kostenabweichungen, die Änderungen betreffen, die entweder den vollen Einfluß früherer Entscheidungen auf die Rechnungsperiode oder von außen verursachte Änderungen, die vom Verbandsbüro zu übernehmen sind, widerspiegeln.
5. Ein Mittelplan über 10 Jahre ist in Tabelle 9 dieses Dokuments wiedergegeben, um einen integrierten Finanzüberblick, einschließlich der Haushaltsvoranschläge, der verfügbaren Mittel und der Verlagerungen der Reserven, zu vermitteln. Dieser Mittelplan soll mittelfristig bei der Einschätzung der finanziellen Nachhaltigkeit des Verbandsbüros behilflich sein.

[Anlage II folgt]

ANLAGEII

BEITRÄGEDERVERBAND SMITGLIEDERZUM30. JULI2003
(inC HF)

2002 Ist	2003 Ist	Verbandsmitglieder	Zahlder Ein- heiten	Fällig Januar 2004	Fällig Januar 2005
26 820	26 820	Argentinien	0,50	26 820	26 820
53 641	53 641	Australien	1,00	53 641	53 641
80 462	80 462	Belgien	1,50	80 462	80 462
-	-	Belarus	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Bolivien	0,20	10 728	10 728
13 410	13 410	Brasilien	0,25	13 410	13 410
10 728	10 728	Bulgarien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Chile	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	China	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Dänemark	1,50	80 462	80 462
268 205	268 205	Deutschland	5,00	268 205	268 205
10 728	10 728	Ecuador	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Estland	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Finnland	1,00	53 641	53 641
268 205	268 205	Frankreich	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Irland	1,00	53 641	53 641
26 820	26 820	Israel	0,50	26 820	26 820
107 282	107 282	Italien	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	Japan	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Kanada	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Kenia	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kirgisistan	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kolumbien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kroatien	0,20	10 728	10 728
-	10 728	Lettland	0,20	10 728	10 728
40 231	40 231	Mexiko	0,75	40 231	40 231
53 641	53 641	Neuseeland	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Nicaragua	0,20	10 728	10 728
160 923	160 923	Niederlande	3,00	160 923	160 923
53 641	53 641	Norwegen	1,00	53 641	53 641
80 462	80 462	Österreich	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Panama	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Paraguay	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Polen	0,50	26 820	26 820
26 820	26 820	Portugal	0,50	26 820	26 820
-	40 231	RepublikKorea	0,75	40 231	40 231
10 728	10 728	RepublikMoldau	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Rumänien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	RussischeFöderation	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Schweden	1,50	80 462	80 462
80 462	80 462	Schweiz	1,50	80 462	80 462
26 820	26 820	Slowakei	0,50	26 820	26 820

2002 Ist	2003 Ist	Verbandsmitglieder	Zahlder Ein- heiten	Fällig Januar 2004	Fällig Januar 2005
10 728	10 728	Slowenien	0,20	10 728	10 728
80 462	80 462	Spanien	1,50	80 462	80 462
53 641	53 641	Südafrika	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	TrinidadundTobago	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	TschechischeRepublik	0,50	26 820	26 820
26 820	26 820	Ukraine	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Ungarn	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Uruguay	0,20	10 728	10 728
268 205	107 282	VereinigtesKönigreich	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	VereinigteStaaten vonAmerika	5,00	268 205	268 205
2 971 706	2 861 742		53,25	2 856 378	2 856 378

[AnlageIIIfolgt]

ANLAGEIII

BEGRIFFSBESTIMMUNGENDERHAUSHALTSTITEL

Einnahmequellen

Beiträge

Beiträge der Verbandsmitglieder nach Artikel 29 der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.

Einnahmen aus Veröffentlichungen

Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen und Produkt des Verbandsbüros.

Zinsertrag

Einnahmen aus der Verzinsung von Geldeinlagen.

Sonstige Einnahmen

Alle sonstigen, oben nicht beschriebenen Einnahmen, einschließlich Buchhaltungsberichtigungen (Gutschriften) aus früheren Jahren, Währungsanpassungen (Gutschriften) und Einnahmen zur Deckung von „Unterstützungskosten“ bezüglich außeretatmäßiger Tätigkeiten, die von der UPOV durchgeführt und aus Treuhandgeldern finanziert werden, Anteile der UPOV am gemeinsamen Einkommen der WIPO.

Ausgabenposten

Personalkosten

Posten

Bezüge des Personals, insbesondere Gehälter, Ortszuschläge, Kinderbeihilfen, Sprachenzulagen und Überstunden, Nichtansässigkeitszuschläge, Postenzuschläge und Repräsentationszuschläge, sowie alle von den Mitarbeitern bezogenen Zulagen, die nicht in den Gehältern enthalten sind, insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur Pensionskasse, Beteiligung im Rahmen des Krankenversicherungssystems, Beitrag an die Entlassungsabfindung für die Deckung der Zahlungen im Falle des Ausscheidens aus dem Dienst, Studienbeihilfen, Umzugskosten, Reisekosten für unterhaltsberechtigzte, in der Ausbildung befindliche Kinder, Heimaturlaub, Einrichtungsbeihilfen am Dienort, Berufsunfallversicherungsprämien, Rückerstattung nationaler Einkommensteuern auf die vom Verbandsbüro gezahlten Gehälter, Zuschläge, Entschädigungen oder Beihilfen.

Kurzfristige Ausgaben

Bezüge und Zulagen der Mitarbeiter in befristeter Anstellung.

ReisenausdienstlichemAnlaßundStipendien

Dienstreisen

Reisekosten und Tagegelder für Personal und im Hauptsitz stationierte Berater des Verbandsbürosau fDienstreisen.

ReisenDritter

Reisekosten und Tagegelder für Regierungsbeamte, Teilnehmer und Referenten, die an von derUPOVfinanziertenTagungenteilnehmen.

Stipendien

Reisekosten, Tagegelder sowie Ausbildungs - und sonstige Gebührenim Zusammenhangm it derTeilnahme von Auszubildenden an Lehrgängen, Seminaren, langfristigen Stipendien und Praktika.

VertraglichvereinbarteDienste

Konferenzdienste

Honorare, Reisekosten und Tagegelder für Dolmetscher, Anmietung von Konferenz - und Simultanübersetzungsanlagen, Erfrischungen und Empfänge sowie die Kosten für alle sonstigenunmittelbarmitderVeranstaltungeinerKonferenzverbundenenDienste.

Berater

Alle mit der Beschäftigung von Beratern verbundenen Kosten, insbesondere: Honorare, Reisekosten und Tage gelder, mit Ausnahme von Kosten für Dienstreisen der im Hauptsitz stationiertenBerater,HonorarefürReferenten.

Veröffentlichungen

Druck und Binden extern: Fachzeitschriften: Papier und Druck, sonstige Druckerarbeiten: Abdruck von in den Fachzeitschriften erschienenen Artikeln, Broschüren, Verträge, Sammlungen von Gesetzestexten, Handbücher, Arbeitsformulare und sonstiges gedrucktes Material, Herstellung von CD -ROM, Videofilmen, Tonbändern und sonstigen Formen der elektronischenVeröffentlichung.

SonstigeDienstleistungen

Honorare für die Übersetzung von Dokumenten, Miete von Computerzeit, Kosten für Personalausbildung,EinstellungskostenundsonstigevertraglichvereinbarteexterneDienste.

Betriebsaufwand

RäumeundInstandhaltung

Alle Ausgaben aus dem Erwerb, der Anmietung, Verbesserung und Instandhaltung von BüroräumenundderAnmietungoderWartungvonAusrüstungenundMobiliar.

Nachrichtenverbindungen und sonstiger Aufwand

Kosten für Nachrichtenverbindungen wie Fernsprehdienst, Telegramme, Fernschreiber, Faksimile und Postgebühren, Aufgabe und Beförderung von Dokumenten, sonstige Kosten wie ärztliche Versorgung, Unterbringungsdienst, Verwaltungsgericht, Personalverband, Bewirtung, Bankgebühren, Zinsen für Bank- und andere Kredite (mit Ausnahme von Baukrediten), Währungsangleichungen (Lastschriften), Rechnungsprüfungsgebühren, unvorhergesehene Ausgaben und Buchhaltungsberichtigungen (Lastschriften) für frühere Jahre, Beiträge an gemeinsame administrative Tätigkeiten im System der Vereinten Nationen sowie alle gemeinsamen Ausgaben, die entweder mit den gemeinsamen Tätigkeiten mit der WIPO oder den von der WIPO tatsächlich erbrachten Dienstleistungen verbunden sind.

Gerät und Bürobedarf

Mobiliar und Gerät

Ankauf von Mobiliar und Gerät, insbesondere: Büromöbel und Büromaschinen, Text- und Datenverarbeitungsgeräte, Konferenzanlagen, Vervielfältigungsgeräte, Transportmittel.

Bürobedarf und Material

Alles Material, insbesondere: Schreibpapier und Büromaterial, Material für die Vervielfältigung im Hause (Offset, Mikrofilm usw.), Bücher für die Bücherei und Bezug von Fachzeitschriften und regelmäßiger erscheinenden Veröffentlichungen, Uniformen, Material für die Datenverarbeitung, Computersoftware und Lizenzen.

Programme

Hauptprogramm: Die UPOV besteht aus seinem Hauptprogramm, das aufgestellt wurde, um die von ihrer Mitgliedschaft festgelegten Prioritäten zu erreichen. Seine herausragenden Zielsetzungen sind nach Kategorien auf Ebenen der Unterprogramme gegliedert.

Unterprogramme: Das UPOV-Hauptprogramm ist in vier Unterprogramme (UV.1 - UV.4) gegliedert. Jedes Unterprogramm ist aus Arbeitsplänen abgeleitet, für die eine Kostenkalkulation vorliegt, und der Fortschritt wird an zuvor festgelegten Zielsetzungen gemessen. Dieses Vorgehen unterstützt die effiziente und kostenwirksame Verwendung der Mittel und die Aufrechterhaltung eines Systems der Rechenschaftspflicht für die Umsetzung der Programme.

[Ende der Anlage III und des Dokuments]